Die Rufe nach einer Impfung für Kinder werden zur Zeit immer lauter. Dabei ist die Gruppe der Kinder und Jugendlichen durch Covid-19 kaum gefährdet – nur in seltenen Einzelfällen kommt es dort zu schwereren Krankheitsverläufen. Hinzu kommt, dass die Impfstoffe überhaupt nicht bei Kindern getestet wurden und noch unbekannte Langzeitfolgen gerade bei Kindern eine besondere Gefahr darstellen. Kritische Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler haben zu diesem Thema eine Stellungnahme verfasst, die die NachDenkSeiten gerne veröffentlichen.

Stellungnahme kritischer Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler zur Impfung von Kindern

Hände weg von unseren Kindern! Nein zum Impfzwang!

Wir wenden uns entschieden gegen den immer lauter vorgetragenen Versuch, nun auch Kinder in die Impfstrategie der Bundesregierung einzubeziehen. Bekanntermaßen handelt es sich bei den von der Pharmaindustrie entwickelten genbasierten Impfstoffen um Notzulassungen, also um im Schnellverfahren zugelassene Vakzine, die nicht die für sie vorgesehenen, langjährigen Erprobungs- und Evaluationsverfahren durchlaufen haben. Diese Impfstoffe enthalten, wie wir nicht nur aus Deutschland wissen, nicht abschätzbare Risiken und Gefährdungen für die Gesundheit von Menschen jeden Lebensalters.

Umso problematischer muss daher das sich abzeichnende Unterfangen eingeschätzt werden, Kinder und Jugendliche massenhaft zu impfen. Kinder befinden sich in Entwicklung, im Prozess des empfindlichen Aufbaus ihrer Persönlichkeit, in einem permanenten krisenanfälligen körperlichen und seelischen Prozess der Veränderung. Wie sich die spezifischen, in Schnellverfahren generierten genbasierten Impfstoffe zur Covid-19-Bekämpfung mittel- und langfristig auf den Entwicklungsprozess von Kindern auswirken werden, ist gänzlich unerforscht. In dieser Situation ist es völlig verantwortungslos, diese bereits angekündigten genbasierten Impfstoffe anzuwenden. Für uns ist es daher nicht nachvollziehbar, dass von politischer Seite die Impfung dieser Altersgruppe propagiert wird, lassen doch bereits negative Erfahrungen mit AstraZeneca und Biontech/Pfizer bei erwachsenen Personen deutliche Risiken erkennen.

In der Beschneidung von Kindheit könnte die Politik jetzt einen weiteren zweifelhaften Schritt gehen. Zuerst wurden Kindern Schuldgefühle vermittelt, in dem Sinne, dass sie als vermeintliche Virenschleudern erwachsene und alte Menschen, ja die eigenen Eltern und Großeltern gefährden würden. Danach wurden Kindern Masken verpasst, die sie nicht nur physiologisch, sondern auch in ihrer Entwicklung behindern. Im Anschluss setzte die Politik auch die Testung von Kindern durch. Nun werden Stimmen vernehmbar, mit genbasierten

Impfstoffen in die biophysische Natur von Kindern einzugreifen. Im Eilverfahren werden vermeintlich auf den kindlichen Organismus abgestimmte Impfstoffe entwickelt. Interessant ist, dass dabei – ebenso wie bei der Einführung der Corona-Maßnahmen insgesamt – keine Gefahrenanalyse durchgeführt wird: Es wird vorgegeben, mit der genbasierten Impfung von Kindern die Gesundheit aller schützen zu wollen, aber es wird nicht danach gefragt, welche körperlichen, seelischen und geistigen Gefährdungen mit den Kontaktbeschränkungen, der Maskenpflicht, der Testierung und letztlich dem riskanten biophysischen Eingriff der genbasierten Impfung verbunden sein können.[1] Langzeitstudien fehlen. Langzeitfolgen sind nicht absehbar.

Recht auf Bildung und Chancengleichheit

Der Deutsche Ärztetag hat am 5. 5. 2021 die Bundesregierung aufgefordert, eine Strategie zum Impfen von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung wird dabei an eine rechtzeitige Corona-Impfung gekoppelt. Wir hielten es für eine Form von Nötigung, wenn die politisch Verantwortlichen sich diese Haltung zu eigen machen würden. Wenn die Berechtigung zum Schulbesuch von der genbasierten Impfung abhängig gemacht werden sollte, würden sich Bundesregierung sowie die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der Länder in Widerspruch zur 1992 ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention stellen. In dieser heißt es in Artikel 28:

> „Die Vertragsstaaten erkennen das **Recht des Kindes auf Bildung** an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der **Chancengleichheit** fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere
>
> - den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich machen;
> - die Entwicklung verschiedener Formen der weiterführenden Schulen allgemeinbildender und berufsbildender Art fordern, sie allen Kindern verfügbar und zugänglich machen und geeignete Maßnahmen wie die Einführung der Unentgeltlichkeit und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung bei Bedürftigkeit treffen;
> - allen entsprechend ihren Fähigkeiten den Zugang zu den Hochschulen mit allen geeigneten Mitteln ermöglichen;
> - Bildungs- und Berufsberatung allen Kindern verfügbar und zugänglich machen;

- Maßnahmen treffen, die den regelmäßigen Schulbesuch fordern und den Anteil derjenigen, welche die Schule vorzeitig verlassen, verringern.“

Ungeimpfte Kinder würden nach Maßgabe der Empfehlung des Ärztetages ihr Recht auf Bildung verlieren, die in der Konvention festgeschriebene Chancengleichheit wäre nicht mehr gewährleistet. Dies erscheint uns besonders auch unter dem Gesichtspunkt fragwürdig, dass in Deutschland eine staatliche Schulpflicht besteht: Ein Unterrichten von Kindern durch Eltern oder Hauslehrerinnen/Hauslehrer ist nicht möglich und steht unter Strafe. Werden Kinder von der Schule ferngehalten, droht u. U. sogar der Entzug des Sorgerechts. Kinder, denen Bildung versagt wird, erleiden einen nicht wieder gut zu machenden Verlust an intellektueller, kognitiver und emotionaler Ausdrucksfähigkeit, der ihr ganzes Leben negativ beeinflussen und die ohnehin schon vorhandene soziale Spaltung vertiefen wird.

Die Forderung des Ärztetages steht demnach nicht in Übereinstimmung mit der Kinderrechtskonvention unter der Maßgabe der in Deutschland geltenden Schulpflicht! Epidemiologen und Virologen warnen. Vor einer übereilten Bereitstellung eines genbasierten Impfstoffes für Kinder warnen auch der Inhaber des Lehrstuhls für Medizinische Mikrobiologie und Virologie der Universität Halle, Prof. Dr. Alexander Kekulé sowie der Epidemiologe und Virologe Prof. Dr. Klaus Stöhr. Das Mitglied der Ständigen Impfkommission (Stiko) am Robert-Koch-Institut, Dr. Martin Terhardt, ist äußerst skeptisch. Die Ärztekammer Wien sagt ganz deutlich „Nein“ zu genbasierten Impfstoffen für Kinder. Alle sind der Ansicht, dass bisher keine evidenzbasierte Nutzen-Risiko-Abwägung besteht, zumal Kinder die am wenigsten gefährdete Gruppe seien.

Wir fordern die Regierung auf, das Vorhaben, Bedingungen für die Impfung von Kindern mit zweifelhaften Impfstoffen zu schaffen, unverzüglich aufzugeben. Seriöse Impfstoffe können nicht im Eilverfahren hergestellt werden. Impfungen dürfen darüber hinaus nicht zur Voraussetzung der Wahrnehmung von Lebenschancen und des Rechts auf Bildung erklärt werden. Das Impfen von Kindern stellt eine technologische ‚Lösung‘ dar, die aufgrund der in ihr enthaltenen Risiken für die Zukunft unserer Kinder, aber auch für die gesamte Gesellschaft nicht verantwortbar ist.

Prof. Dr. Armin Bernhard (Essen), Prof. Dr. Eva Borst (Mainz), Dr. Matthias Rießland (Darmstadt), Prof. Dr. Johanna Hopfner (Graz), Dr. Matthias Burchardt (Köln)

Titelbild: Ira Lichi/shutterstock.com

[«1] Dass für Kinder mit Vorerkrankungen nach Impfstoffen bzw. Medikamenten geforscht wird, und diese auch nach eingehender Prüfung angewendet werden, ist auch für uns eine Selbstverständlichkeit. Die massenhafte Impfung gesunder Kinder dagegen können wir keinesfalls unterstützen.